

## **Rede Dieter Hausold**

**Parteitag Sömmerda 25.10.2008**

### **Das Regierungsprogramm der LINKEN zur Landtagswahl 2009**

Wenn ich Euch heute den Entwurf für das Regierungsprogramm vorstelle, dann muss man sagen: es liegt ein großes und anstrengendes Stück Arbeit hinter uns. Es waren unzählige Stunden, in denen von uns die Passagen gegeneinander abgewogen, auf Mach- und Umsetzbarkeiten geprüft und Folgewirkungen besprochen wurden.

Wenn ich in diesem Zusammenhang von „uns“ rede, meine ich natürlich zunächst die Arbeitsgruppe Landtagswahlprogramm. Bei meinen Kollegen in der AG möchte ich mich an dieser Stelle einmal herzlich für die streitbaren, kritischen, am Ende aber fruchtbaren Debatten bedanken.

In den Dank schließe ich aber auch die fleißigen Zuarbeiter in Partei und Fraktion ein, durch deren Texte erst die Grundlage gebildet wurde. Nicht vergessen möchte ich viele heute ungenannte, ich sage einmal „externe“, Personen, die mit kritischem Rat und Hinweis wichtige Impulse beisteuerten. Ohne alle diese Mitwirkenden läge ein solches Regierungsprogramm nicht vor.

Den Entwurf stellen wir mit dem heutigen Tage der Partei, der Öffentlichkeit und nicht zuletzt den Wählerinnen und Wählern zur Diskussion. Es ist bis zur Verabschiedung im März nächsten Jahres genügend Zeit zur ausführlichen Begutachtung und Veränderung.

Ich möchte auch noch einen weiteren Satz voranschicken, bevor ich auf ausgewählte Inhalte eingehe.

Unser Entwurf für ein Regierungsprogramm unterscheidet sich deutlich von denen der anderen Parteien.

Wir haben von Anfang an gegen den neoliberalen Einheitsbrei, der uns von den anderen Parteien, Teilen der Wirtschaft und der Medien eingetrichtert wurde, bis einem schlecht werden konnte, angekämpft. Wir wurden und werden beschimpft und stigmatisiert, weil wir immer die Durchkapitalisierung aller Bereiche des menschlichen Lebens kritisiert und die neoliberale Propaganda entlarvt haben.

Die gegenwärtige Finanzmarktkrise hat schonungslos das Versagen der verantwortlichen Politiker und eines ungezügelter Markt offen gelegt. Und auch hier geht die Lösung auf Kosten des Steuerzahlers: Die Gewinne skrupelloser Spekulanten bei den Banken werden privatisiert und die Verluste verstaatlicht.

Wir waren die Einzigen, die immer davor gewarnt haben.

Darum ist unser heute vorgelegtes Regierungsprogramm auch ein wirkliches Kontrastprogramm zu dieser Politik der Merkel, Althaus, Steinbrück, Westerwelle und Co.

Für uns stehen die Menschen im Mittelpunkt der Politik, nicht einseitig die Interessen der Vermögenden, wie bei den anderen.

Die Ausgangsdaten für Thüringen sind ambivalent.

In den zurückliegenden knapp zwei Jahrzehnten hat sich Thüringen enorm verändert. Neue Autobahnen wurden gebaut, vorhandene Straßen ausgebessert, verfallene Innenstädte, Dörfer und Kulturdenkmale aufwendig saniert, Umweltsünden beseitigt. Unternehmen haben sich neu angesiedelt, Arbeitsplätze wurden geschaffen; Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben sich etabliert.

Aber und das ist die Kehrseite der Medaille: In 19 Jahren CDU-Regierung wurden über 15 Milliarden Euro Schulden gemacht. Eine verfehlte Bildungspolitik vertieft die soziale Selektion und Spaltung. 60.000 Kinder in Thüringen leben in Armut! Thüringen ist deutschlandweit zum Billiglohnland Nummer 1! Viele Menschen erhalten trotz eines Vollzeitjobs ergänzend Hartz-IV. Täglich verlassen knapp 60 junge qualifizierte Leute den Freistaat.

Städte und Gemeinden sind zunehmend in ihrer finanziellen Existenz bedroht.

Direkte demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern wird seitens der herrschenden CDU nur halbherzig akzeptiert.

Und die CDU-Politik trägt auch die Verantwortung dafür, dass Vettern- und Parteibuchwirtschaft, schwarzer Filz regelmäßig bedient und unsägliche Skandale produziert werden.

Darum brauchen einen Aufbruch, eine neue Politik!

WIR wollen mit 5 zentralen Leitprojekten den generellen Politikwechsel hier in Thüringen einleiten.

Wir wollen einen Wandel hin zu:

1. mehr sozialer Gerechtigkeit,
2. gleichen Bildungschancen und kultureller Teilhabe für alle,
3. menschenwürdigen und Existenzsichernden Arbeitsplätzen für Frauen und Männer
4. einer Energieoffensive, verbunden mit ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft sowie
5. mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung

Im folgenden möchte ich Euch kurz die wesentlichsten Eckpunkte der 5 Leitprojekte skizzieren.

Zentraler Punkt des Engagements der LINKEN ist vor allem unser erstes Leitprojekt: mehr soziale Gerechtigkeit

Wir verstehen Sozialpolitik als eine ganzheitliche Politik, die den Menschen ermöglicht, selbstbestimmt ihr eigenes Leben und ihr gesellschaftliches Umfeld aktiv zu gestalten. Es geht um die Sicherstellung der sozialen Daseinsvorsorge. Dazu wollen wir eine Sozialpauschale einführen. Vorrangig soll die Sozialpauschale für die Bereiche Frauen- und Familienzentren, Seniorenbüros, Behindertenberatungsstellen, aber auch in der Suchtberatung und Prävention sowie beim Verbraucherschutz eingesetzt werden.

Um ein Ehrenamt ausführen zu können, bedarf es des Rahmens und der Unterstützung des Hauptamtes. Dazu werden wir die politischen Rahmenbedingungen zur Ausführung des Ehrenamtes durch ein Ehrenamtsgesetz verbessern.

In der Gesundheitspolitik brauchen wir moderne und leistungsfähige Gesundheitsämter bzw. Fachdienste und die Sicherung einer ambulanten, stationären, rehabilitativen und komplementären wohnortnahen Versorgung der Bürger.

Für uns gilt: ambulant vor stationär!

Dem zunehmenden Ärztemangel werden wir gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landesärztekammer, der medizinischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit einem Bündel von Maßnahmen begegnen, um Ärzte für eine Niederlassung in Thüringen zu gewinnen.

Die Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern werden stoppen und verhindern.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf benötigen vor allem eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt.

Zur Bekämpfung der Gewalt an Kindern beabsichtigen wir eine ganze Reihe von Maßnahmen, wie z.B. verbindliche Vorsorgeuntersuchungen, einzuleiten.

In diesem Zusammenhang wollen wir die Kinderarmut konsequent bekämpfen. Gerade hat die neue OECD-Studie gezeigt, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter auseinanderdriftet. Einkommensunterschiede und Armutsquote haben sich erneut drastisch verschlimmert. Das ist das Resultat des Sozialabbaus der letzten Jahre.

Darüber kann auch die Placebo-Politik der Thüringer Sozialministerin Lieberknecht nicht hinwegtäuschen, die mit einmal so tut, als wäre der Zustand vom Himmel gefallen. Doch man muss auch ernsthaft was dagegen tun. Man wird das Gefühl nicht los, dass man nur wegen des Wahlkampfes das Thema entdeckt hat, nicht aus Überzeugung.

Wir als LINKE begrüßen dabei die aktuellen Ratschläge des „Gemeinsamen Sozialen Wortes zur Kinderarmut in Thüringen“, wo genügend Hinweise enthalten sind.

Wir können zumindest für uns in Anspruch nehmen, dass wir diese Dinge umsetzen wollen und werden. So planen wir eine Sofortprogramm gegen Kinderarmut, in dem unter anderem Schritte für ein kostenloses Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen vorgesehen sind.

Wir sollten uns aber auch im Klaren sein. Notwendig sind auch bundespolitische Veränderungen!

Die Armutsfalle Hartz IV muss abgeschafft werden!

Ein einheitlicher Mindestlohn muss endlich das Lohndumping beseitigen!

Und auf Bundesebene muss ein Kindergrundsicherung eingeführt werden, die allen Kindern als finanzielle Leistung zur Verfügung steht, ohne dass diese auf das Familieneinkommen angerechnet wird.

Eine LINKE Regierung wird hier tätig werden!

Wir werden auch Akzente im Kampf gegen Altersdiskriminierung setzen mit einem Gesetz zur Stärkung der Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren, der Erstellung und Fortschreibung eines Landespflegeplanes sowie für die Erarbeitung eines neuen Heimgesetzes zur Gewährleistung hoher Qualitätsstandards mit einem höheren Fachkräfteschlüssel in der Pflege

Wir werden uns auch für bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen sowie die Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Wohnungs- und Bauprogrammen einsetzen.

Ein wichtiger Punkt ist für uns auch die Gleichstellung von Frauen und Männern. Dazu benötigen wir eine Novelle des Gleichstellungsgesetzes für den Öffentlichen Dienst und ein bundesdeutsches Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Zur eigenständigen Absicherung von Frauen beim Bezug des ALG II wird eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften ergriffen. Und wir sagen: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zur Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit!

In der Behindertenpolitik werden wir die UN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ in der Thüringer Verfassung als Bürgerrecht verankern. Hinzu kommen ein unabhängiger

Landesbehindertenbeirat und Förderprogramme zum Bau von barrierefreiem Wohnraum, auch im ländlichen Raum.

Unser nächstes Leitprojekt ist zugleich auch in zentrales Zukunftsprojekt: gleiche Bildungschancen und kulturelle Teilhabe für alle!

Alle eingängigen Studien weisen immer wieder auf die generellen Defizite in der Bildungspolitik hin. Das große Problem ist, hier werden soziale Missverhältnisse produziert, die sich weiter potenzieren und zu einem Teufelskreis werden.

Wir werden dazu nicht einen sinnfreien und konsequenzlosen Bildungsgipfel – wie die Bundeskanzlerin in Dresden - abhalten, der schon im Vorfeld von ihren CDU-Ministerpräsidenten der Lächerlichkeit preis gegeben wurde, sondern wir werden handeln.

Wir müssen und werden aus diesem unsozialen Teufelskreis in der Bildung ausbrechen!

Für uns ist nämlich Bildung keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

Wir wollen eine neue Schule für Thüringen. Dazu zählt die schrittweise Einführung des längeren gemeinsamen Lernens aller Schüler bis zur Klasse 8 und der Ausbau offener Ganztagsangebote.

Hinzu kommen die Sicherung der Lernmittelfreiheit und die stufenweise Gewährleistung einer gesunden und kostenfreien Ernährung an jeder Kindertagesstätte und allgemein bildenden Schule.

Durch den Schülerrückgang freiwerdende Mittel sollen nicht abfließen, sondern müssen vollständig zur Qualitätsverbesserung von Bildung eingesetzt werden.

Die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen und die Verantwortung der Kommunen für die Schule werden wir entscheidend stärken.

Ein Landesprogramm „Schulsozialarbeit“ wird es geben, um an allen allgemein bildenden Schulen soziale Problemlagen von Schülerinnen und Schülern frühzeitig zu erkennen und Unterstützungsangebote zu unterbreiten.

Wir wollen auch Ausbildungsplätze für alle Schüler und unterbreiten im Programm entsprechende Vorschläge.

Hochschul- und Forschungspolitik müssen endlich Kernstücke der Entwicklungs- und Standortpolitik werden.

Wir werden den gleichen, freien und unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Hochschuleinrichtungen gewährleisten .

Wir lehnen Studiengebühren ab und werden den Verwaltungskostenbeitrag wieder abschaffen.

Zudem braucht das Land mehr Studierende. Die Studienanfängerquote soll in den nächsten fünf Jahren auf 50 Prozent gehoben werden und mit Ansiedlungsstipendien werden wir bundesweit um Studierende werben.

Flankierend dazu muss die Fremdbestimmung der Hochschulen beendet werden. Das wollen wir mit einer Novelle des Hochschulgesetzes erreichen und das Entscheidungsrecht bei der Hochschule für ihre innere Verfasstheit und Wahlfreiheit für Rektorat- oder Präsidialverfassung belassen.

Im Forschungsbereich planen wir u.a. die Schaffung eines Landeswissenschaftsrates, der sowohl die Erstellung von Wissenschafts- und Technologiekonzeptionen und deren Umsetzung begleitet und die das Land bei der Ausrichtung der Förderprogramme unter Wahrung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung berät.

Wir werden der Kultur einen neuen Stellenwert verschaffen. Kulturfinanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen wird mit einem „Kulturlastenausgleich“ unter hälftiger Mitfinanzierung des Landes gesichert.

Wir sind für die langfristige Sicherung der kulturellen Substanz. So soll das bestehende Projektmanagerprogramm erweitert, die vielfältige Museenlandschaft Thüringens erhalten und besonders die Denkmalpflege deutlich gestärkt werden. Auf dem Erfurter Petersberg wollen wir durch Ausbau der personellen Ressourcen und der Forschungskapazitäten eine Denkmalpflegezentrum schaffen.

Wir werden zudem mit allen Akteuren im Bereich von Theatern und Orchestern ein langfristiges Wirtschafts- und Betreiberkonzept erarbeiten, um künstlerische Qualität und Vielfalt, die Erhaltung der Standorte sowie von Einrichtungen und Arbeitsplätzen zu ermöglichen.

Im Rundfunkbereich stehen wir für Änderungen: der Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für alle bezahlbar bleiben und die demokratischen Kontrollmöglichkeiten der Medien durch Rundfunkräte, Redaktionsstatuten und Zuschauerbeiräte sind zu stärken.

Und wir wollen ein Programm „Breitbandinternet für alle“ auflegen.

Die gesamte Entwicklung durch die Finanzmarktkrise und die Globalisierungstendenzen machen deutlich im Wirtschaftsbereich muss ein Umdenken stattfinden.

Unser Motto ist „Globalisierung regional gestalten“.

Im dritten Leitprojekt: menschenwürdige und existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen und Männer - Thüringens Wirtschaft stärken, schlagen wir entsprechende Maßnahmen vor.

Grundlegende Ziele sind die Erhaltung und Schaffung Existenz sichernder Arbeitsplätze, ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft, einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt.

Im Kern geht es um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und Förderung regionaler Wertschöpfung, um die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und Zukunftsbranchen. Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem in den Bereichen Klimaschutz/Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge, in der Kultur und im Tourismus. Langfristige Potentiale sind vor allen in den wissens- und forschungsbasierten Bereichen zu sehen. Mit Wirtschaftswachstum allein kann jedoch das gesamtgesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht gelöst werden.

Wir wollen mit verschiedenen Programmen die gezielte Förderung der einheimischen Wirtschaft und von regionalen Wirtschaftskreisläufen. Priorität genießt bei der Wirtschaftspolitik die Förderung der ansässigen Potentiale.

Mit einem Programm „Thüringer Initiative für Bildung und Arbeit“ geht es um die Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfes als Bestandteil einer zukunftsorientierten Struktur- und Beschäftigungspolitik.

Ein „Thüringer Mindestlohn- und Vergabegesetz“ soll öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die Mindestlöhne nicht unter 8 Euro pro Stunde zahlen. Zudem soll ein „Forderungssicherungsgesetz“, welches mit Kammern und Verbänden sowie Gewerkschaften abgestimmt wird, soll durch eine Bundesratsinitiative vorbereitet werden.

Wir werden Modellprojekte der aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Zentren der Neuen Arbeit) fördern und komplett neue Ansätze im Tourismus verfolgen. Alle Tourismusformen werden aufeinander abgestimmt und ein entsprechendes Gesamtprogramm umgesetzt.

Im ländlichen Raum geht es uns vor allem um einen schonenden Umgang mit Ressourcen und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Thüringens.

Wir sind auch für eine bezahlbare Wasserversorgung und Abwasserentsorgung! Sozial vertretbare Kommunalabgaben, umfassende Kostentransparenz, Einwohnerbeteiligung bei Investitionen in öffentliche Einrichtungen, keine rückwirkende Erhebung von Beiträgen und die Konzentration der Aufgabenträger sind dabei die Stichpunkte.

Agrarpolitik wird künftig mehr als traditionelle Landwirtschaftsförderung sein. Schutz und die Pflege des Waldes ist deshalb eine Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge.

Den Einsatz und die Verbreitung gentechnisch veränderter, transgener Organismen lehnen wir ab.

In der Tierhaltung wird auf eine artgerechte Haltung und Fütterung geachtet, die den Kriterien der Reduktion von Treibhausgasen, der Kreislaufwirtschaft und der Energiegewinnung gerecht wird. Ein Tierschutzbeauftragter wird eingesetzt.

In der Verkehrspolitik hat für uns der Personennahverkehr Vorrang vor dem Individualverkehr und wird entsprechend gefördert.

Das vorhandene Schienennetz, wie die Höllental- oder die Werratalbahn, muss erhalten, gegebenenfalls sogar ausgebaut und eine Verknüpfung von Straßen- und Schienenpersonennahverkehr vorgenommen werden.

Wir stehen zum Verbot von Long- und Gigalinern.

Auch fordern wir 0,0 Promille am Steuer und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen 130 km/h.

Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen müssen Gemeinden selbst entscheiden können ob und in welcher Höhe sie Beiträge erheben.

Ein neues, aber zugleich außerordentlich wichtiges Thema ist für uns die Frage der Energiepolitik.

Sie ist zu einer zutiefst ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Frage geworden.

Darum wollen wir mit unserem Leitprojekt „Energieoffensive und ökologische Ausrichtung der Wirtschaft“ wirkliche Alternativen in der Energiepolitik bieten.

Wir wollen in Thüringen mit einer Energieoffensive einen radikalen Wechsel in der Energiepolitik einleiten.

Langfristiges Ziel ist die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung Thüringens durch einen Mix aus regenerativen Energien. Das Land besitzt ideale Voraussetzungen, sich mit Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solartechnik, Holzreichtum und Geothermie zu einer Energieregion zu entwickeln. Thüringen soll also unabhängig von Energieimporten und Vorreiter dieser Entwicklung sowie ein Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung diesbezüglicher Produkte werden. In diesem Sektor schlummert zudem ein erhebliches Arbeitsplatzpotential, das geweckt werden muss.

Um ein Ausbrechen aus der bisherigen Monopolstellung der deutschen Energiekonzerne zu befördern, halten wir aber auch eine Vergesellschaftung Stromnetze und Kraftwerke für notwendig.

Wir wollen Reserven erschließen und ökologisches Handeln belohnen!

Und DIE LINKE bleibt, so lange keine Notwendigkeit überzeugend nachgewiesen ist, bei ihrem Nein zur geplanten 380-KV-Stromtrasse des Vattenfall-Konzerns durch den Thüringer Wald.

Wir haben auf diesem Politikfeld viele Ideen zusammengetragen, die natürlich nicht alle im Programm können.

Wir werden dazu in nächster Zeit viele weitere Präzisierungen, detaillierte Untersetzungen und Vorschläge unterbreiten.

Das nächste Leitprojekt hat durch die aktuelle Entwicklung in Thüringen noch einmal eine neue Dimension bekommen. Das Projekt „Mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung“!

Was die Thüringer CDU im Umgang mit dem Volksbegehren, mit 250.000 Unterschriften, mit 250.000 Wertpapieren der Demokratie – wie Ralf-Uwe Beck zu sagen pflegte – getan hat, ist für uns ein demokratie- und bevölkerungsfeindlicher Akt! Es ist Beweis genug, dass diese CDU abgelöst gehört und dass endlich direkte Demokratie in Thüringen eingeführt wird!

Unsere Forderungen sind daher brandaktuell.

Wir werden die Wege zur Einbringung von Volksinitiativen im Landtag erleichtern und Möglichkeiten von Volksentscheiden erweitern durch Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Landes- und auf kommunaler Ebene.

Zu den Thüringer Kommunen haben wir uns ja hier vor allem mit dem Kommunalwahlprogramm verständigt, darum möchte ich lediglich darauf verweisen, dass diese Thematik natürlich auch im Regierungsprogramm korrespondierend und aufeinander aufbauend formuliert ist.

Zwei Sätze seien aber dennoch zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform gestattet.

Ziel des Umbaus der öffentlichen Verwaltung ist eine stärkere Bürgerorientierung, die in den bisherigen kleingliedrigen Kommunalstrukturen nur schwer verwirklicht werden kann. Für die anstehenden Reformen soll eine umfassende Beteiligung aller Betroffenen durch Ausweitung des Thüringer Personalvertretungsrechtes zur Erweiterung der Mitentscheidungsmöglichkeiten von Beschäftigten beitragen.

Besonderes Anliegen ist für uns der Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus! Wir wollen ein Bekenntnis gegen Nationalsozialismus und Neofaschismus in die Verfassung aufnehmen und ein Landesprogramm für Demokratie und Vielfalt verabschieden. Es soll die Situation des Rechtsextremismus in Thüringen analysieren sowie staatliche und

zivilgesellschaftliche Aktivitäten ebenso wie Demokratieentwicklung und Geschichtsforschung mit Zuschüssen und Förderungen unterstützen

Für eine bürgernahe Rechts- und Justizpolitik wollen wir den Ausbau der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der Thüringer Justiz, verbunden mit der verstärkten Ausgestaltung politischer und sozialer Grund- und Bürgerrechte. Zugleich soll das Zusammenspiel zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und der Polizei deutlich verbessert und Verfahren beschleunigt werden.

Wir stehen bei der Innenpolitik für eine ursachenbezogene und lösungsorientierte Sicherheitspolitik. Die notwendige Polizeistrukturereform muss im Rahmen der Umsetzung der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform gemeinsam mit Betroffenen erarbeitet und umgesetzt werden. Bei den Polizeidirektionen orientiert sich DIE LINKE an den bestehenden 4 Planungsregionen.

Das verfassungswidrige Polizeiaufgabengesetz und das Thüringer Verfassungsschutzgesetz werden wir so novellieren, dass die Grundrechte der Bürger nicht verletzt werden.

Lediglich erwähnen möchte ich, dass ihr natürlich auch Aussagen und interessante Gedanken zu Migrantinnen und Migranten, zur Friedenspolitik in Thüringen und zur Vertretung Thüringens im Bund und in Europa finden werdet.

Zum Schluss möchte ich noch wenige Bemerkungen zu den Finanzen machen. Da gibt es ja immer wieder uns gegenüber die böswilligsten Unterstellungen. Zumeist sind diese Unterstellungen Ausdruck, dass man keine Argumente gegen uns hat.

Wir werden im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, mit denen eine höhere Steuergerechtigkeit wieder hergestellt und die Unternehmen sowie die Besitzer großer Vermögen wieder angemessen an der Finanzierung der Solidargemeinschaft beteiligt werden.

Wir wollen Steuerschlupflöcher schließen lassen, das ist eine Voraussetzung für eine bessere Zukunft.

Und wir wollen auch solide Landesfinanzen durch Konsolidierung und Investitionen.

Aber nach 20 Jahren CDU-Regierungen benötigt Thüringen einen umfassenden Kassensturz, um Klarheit darüber schaffen, welche finanziellen Erblasten uns die CDU hinterlässt.

Wir wollen natürlich künftige Landeshaushalte ohne neue Schulden finanzieren und Mehreinnahmen im Landeshaushalt dafür verwenden, die Verschuldung

abzubauen und in die Zukunft zu investieren. Nur eine Doppelstrategie aus Investitionen und Haushaltskonsolidierung schafft es, von der bisherigen Verwaltung des Mangels zu einer Gestaltung der Zukunft zu kommen.

Und das haben wir im Rahmen der öffentlich zugänglichen Haushaltszahlen sorgfältig und seriös durch- und gegengerechnet.

Der Wandel ist finanzierbar! Man muss es nur wollen!

WIR werden nicht alle unsere Ziele sofort erreichen können – aber wir wollen sie Schritt für Schritt und im Rahmen der durch die Steuereinnahmen und die konjunkturelle Entwicklung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten umsetzen.

Ich wünsche uns in den nächsten Wochen und Monaten gute und vorwärts bringende Diskussionen zu unserem Entwurf für das Regierungsprogramm.